

Grüne und Alternative
in den Räten von Baden-Württemberg
Forststr. 93
70176 Stuttgart
Tel. 0711 99359 90
Fax 0711 99359 99
E-Mail: gar@gar-bw.de



März 2007

Liebe GAR-Mitglieder,
in diesem Rundbrief erhalten Sie Informationen zu folgenden Themen:

1. Erster Grüner Bürgermeister im Land zum dritten Mal gewählt
2. Berichte aus der Landespolitik
3. Vorschau auf Seminare der GAR und der Heinrich-Böll-Stiftung
4. Klimaschutz in der Kommune
5. Prognosen der Bevölkerungsentwicklung
6. Medienpaket für Schulen zum Al Gore-Film
7. Kinderarbeit – nein danke
8. Kongress zu Metropolregionen in Hamburg
9. Neue AKP erschienen

1. Glückwunsch an Elmar Braun, Bürgermeister von Maselheim in Oberschwaben

Im März 1991 wurde Elmar Braun der erste direkt gewählte grüne Bürgermeister im Land. Am 3. März 2007 wurde er zum zweiten Mal wiedergewählt. Bei einer Gegenkandidatur machte er mit dem beeindruckenden Ergebnis von 82,4 % der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 52% das Rennen. Die GAR gratuliert ihrem langjährigen Mitglied und wünscht Elmar Braun für die dritte Amtszeit viel Erfolg und Freude bei der Arbeit.

2. Interessantes von der Schnittstelle von Landespolitik und Kommunalpolitik

2.1 Umfrage zur Verwaltungsreform soll verboten werden

Von Uli Sckerl (GAR, MdL)

Die Überprüfung der Verwaltungsreform beginnt nicht nur mit geheimen Anhörungen, sondern auch mit einem Maulkorb gegen engagierte Personalvertretungen. Eine Initiative des Hauptpersonalrats für den außerschulischen Bereich soll jetzt vom Innenministerium unterbunden werden. Das hat der Landkreistag verlangt.

Der Personalrat hatte einen Fragebogen entwickelt und an alle Beschäftigten der unteren und oberen Schulaufsichtsbehörden versandt. Ziel der Umfrage sollte ein repräsentatives Meinungsbild über die Ergebnisse der Reform im Bereich der Schulaufsicht sein. Der Hauptpersonalrat wollte das Meinungsbild zur Grundlage seiner Stellungnahme machen. Das Vorgehen des Personalrats ist demokratisch blitzsauber. Kaum war die Umfrage aber versandt, rief sie die Landräte mit der Forderung an den Innenminister auf den Plan, sie zu untersagen.

Die grüne Landtagsfraktion forderte die Landesregierung deshalb auf, den Personalvertretungen Raum für eigene Aktivitäten im Rahmen der Evaluation zu geben. Offensichtlich haben die Landräte Grund, kritische Stellungnahmen zur Eingliederung der Schulaufsicht zu fürchten. Das ist nicht nur ein unzulässiger Eingriff in die Rechte von Personalvertretungen. Die politische Botschaft ist, dass die Bewertung der Verwaltungsreform allein Sache der Regierung und vor allem der Landräte ist. Dann aber würde das Ergebnis schon vorher fest stehen. Weitere Informationen hierzu wie zum sog. Evaluationsverfahren zur Verwaltungsreform insgesamt gibt es im Büro von Uli Sckerl, 0711/2063-658 oder per Mail hans-ulrich.sckerl@gruene.landtag-bw.de

2.2 Erwerbsarbeit von Frauen – wichtiges Thema nicht nur am Internationalen Frauentag (Aus dem Büro von Brigitte Lösch, MdL)

Frauen in Deutschland erhalten im Durchschnitt immer noch 26% weniger Einkommen als Männer - auch bei gleichwertiger Arbeit.

Das ist ungerecht und diskriminiert Frauen. Deshalb fordern wir 100% Lohngerechtigkeit jetzt!

Zur aktuellen Situation von Frauen am Arbeitsmarkt, Frauen in Führungspositionen in Baden-Württemberg hat die grüne Landtagsfraktion einen umfassenden Fraktionsantrag zum Thema: „Erwerbsarbeit von Frauen – Chancengleichheit umsetzen“ eingereicht. Den Antrag bekommt Ihr im GAR-Büro und weitere Informationen bei Brigitte Lösch, MdL, Tel 0711/2063-670, E-Mail Brigitte.Loesch@gruene.landtag-bw.de

2.3 Landesregierung beendet Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus

Aus dem Büro von Edith Sitzmann, MdL

Die Landesregierung will den sozialen Mietwohnungsbau zukünftig nicht mehr fördern. Im Landeswohnungsbauprogramm 2007 ist vorgesehen, die Mittel in Höhe von 48,5 Millionen Euro fast ausschließlich für die Förderung von Wohneigentum einzusetzen. Beim Wohneigentum werden nun erstmals auch Paare ohne Kinder gefördert, und die Einkommensgrenzen wurden erhöht. Damit will die Landesregierung offensichtlich den Wegfall der Eigenheimzulage kompensieren. Das neue Programm der L-Bank für den Mietwohnungsbau bietet keine günstigen Konditionen und kann die Umwidmung beim Landeswohnraumprogramm nicht kompensieren.

Die vom FDP-geführten Wirtschaftsministerium entwickelten Pläne fördern die Zersiedelung und führen zur Verschlechterung der Lage in den Ballungszentren. Dabei müssten gerade diejenigen unterstützt werden, die Probleme haben, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die grüne Landtagsfraktion daher hatte bereits im Rahmen der Haushaltsberatungen beantragt, die Landeswohnraumförderung auf den Mietwohnungsbau in Groß- und Universitätsstädten zu konzentrieren. Der Fraktionsantrag ist im GAR-Büro erhältlich.

Nähere Informationen gibt es im Büro von Edith Sitzmann und bei der parlamentarischen Beraterin der Fraktion, Andrea Lindlohr, oder bei www.edith-sitzmann.de

2.4 Probleme bei den Abfallbehandlungsanlagen Buchen und Heilbronn und deren Folgen für die Abfallwirtschaft in Baden-Württemberg (Antrag, Drs. 14/794)

Aus dem Büro von Franz Untersteller, MdL

Im Rahmen der öffentlichen Daseinsvorsorge haben die 44 Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg als öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger eine ordnungsgemäße Abfallentsorgung zu gewährleisten. Nach der Schließung der auf einen Jahresdurchsatz von 225.000 t/a ausgelegten Thermoselect-Anlage in Karlsruhe und der angekündigten Schließung der Mechanisch-Biologischen-Abfallbehandlungsanlagen (MBA) in Heilbronn und Buchen droht landesweit ein erheblicher Mangel an ausreichenden Behandlungs- bzw. Entsorgungskapazitäten. Dieser Mangel sowie das weitere Vorgehen war Inhalt eines Antrags im Januar 2007. In

der Antwort des Umweltministeriums zu diesem Antrag wird klar, dass insgesamt acht Landkreise, darunter Ludwigsburg, der Enzkreis, die Landkreise Heilbronn, Schwäbisch Hall, der Neckar-Odenwaldkreis und der Landkreis Hohenlohe, langfristige Verträge über die Entsorgung in den jetzt stillgelegten Anlagen Heilbronn (87.000 Tonnen Kapazität) und Buchen (151.000 Tonnen Kapazität) haben. Laut dem vorgelegten Schreiben von Umweltministerin Tanja Gönner wurden allein im Januar diesen Jahres rund 1100 Tonnen Müll statt in die Anlagen nach Buchen und Heilbronn per LKW in die Müllverbrennungsanlagen nach Stuttgart (1000 Tonnen), Mannheim (6000 Tonnen) und Düsseldorf (4000 Tonnen) transportiert. Es fehlen laut Angaben von Umweltministerin Gönner in Baden-Württemberg derzeit im Hausmüllbereich mindestens 100.000 Tonnen an Behandlungskapazitäten. Eine Änderung der jetzigen Situation erwartet die Umweltministerin nach eigenen Angaben für den Fall eines Ausbaus bestehender Anlagen frühestens in zwei bis drei Jahren, im Falle eines Neubaus sogar erst frühestens in fünf Jahren.

Weitere Infos zu diesem Thema gibt es unter www.franz-untersteller.de oder im Büro von Franz Untersteller, MdL; Tel: 0711/2063-689, E-Mail: franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de

2.5 Reduzierung von Luftschadstoffemissionen aus Holzheizungen (Antrag, Drs. 14/827)

Aus dem Büro von Franz Untersteller, MdL

Alle Fraktionen des baden-württembergischen Landtags sind sich einig, dass aus Klimaschutzgründen die energetische Nutzung von Biomasse zentraler Bestandteil einer Strategie sein muss, die darauf abzielt, den Anteil der regenerativen Energien im Bereich der Strom- und Wärmeerzeugung auszubauen. Der notwendige Ausbau der energetischen Nutzung von Biomasse kann aber nur dann eine breite Zustimmung und umweltpolitische Akzeptanz finden, wenn er – z.B. unter Einsatz moderner Luftreinhaltetechniken – möglichst umwelt- und gesundheitsverträglich erfolgt. Neben den Luftschadstoffen, die den Bereichen Verkehr, Energieerzeugung und Industrie zugeordnet werden können, rücken zunehmend auch die in Privathaushalten und Kleingewerben eingesetzten kleinen und mittleren Feuerungsanlagen in den Mittelpunkt der Luftreinhaltungsdiskussion. So trägt die in den letzten Jahren rasch angestiegene Zahl von Kleinanlagen zur Verfeuerung von Holz und Pellets, offensichtlich in stärkerem Maße als bislang angenommen, zur Belastung mit Feinstäuben bei. Das Bundesumweltministerium hat mit dem von ihm vorgelegten Eckpunktepapier zur Novellierung der noch aus dem Jahr 1988 stammenden 1. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz (1. BImSchV) deutlich gemacht, dass man gewillt ist, mit anspruchsvollen und am Stand der Technik ausgerichteten Umwelanforderungen die Voraussetzungen für einen unter dem Gesichtspunkt der Luftreinhaltung umweltverträglichen Betrieb derartiger Feuerungsanlagen Sorge zu tragen. Der Antrag fordert die Landesregierung auf, einen größeren Eigenbeitrag hierbei zu leisten.

In der Antwort des Umweltministeriums auf den Antrag schreibt Umweltministerin Gönner:

„Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die Novellierung der 1. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz ein notwendiger Baustein ist, um den derzeitigen Zielkonflikt zwischen Ausbau der Bioenergienutzung und dem Ziel der Verbesserung der Luftqualität zu lösen.“ Die bislang von Minister Hauk vertretene Ansicht, wonach die schärferen Grenzwertanforderungen „zu extremen finanziellen Belastungen führen“ werden, steht im krassem Gegensatz zur jetzigen Stellungnahme des Umweltministeriums.“ „Wie bei vielen Technologien – so heißt es in dem Papier aus dem Hause Gönner – sei zu erwarten, „dass die Herstellung von nachgeschalteten Abscheidern in größeren Stückzahlen auch zu akzeptablen Preisen führen wird.“ Weitere Infos zu diesem Thema erhalten Sie unter www.franz-untersteller.de oder im Büro von Franz Untersteller, MdL; Tel: 0711/2063-689, E-Mail:

franz.untersteller@gruene.landtag-bw.de

3. Vorschau auf Seminare und Vernetzungstreffen

Alle hier genannten Seminare und Treffen finden in Stuttgart statt. Eine ausführliche Einladung wird für jeden Termin gesondert verschickt. Diese Vorankündigung dient Eurer Terminplanung

21.4.2007 **Bioenergie im ländlichen Raum.**

Jühnde (Niedersachsen) und Mauenheim (Baden-Württemberg) sind bundesweit die beiden ersten Bioenergiedörfer. Kann dieser Weg zur Nachhaltigkeit in breitem Stil zur Nachahmung empfohlen werden oder stößt die intensive Biomassennutzung an die Grenzen, die Naturschutz, Gewässerschutz und Nahrungsmittelversorgung setzen?

28.4.2007 **Wärmepumpen -Trojanisches Pferd der Stromkonzerne oder sinnvoller Beitrag zur Energiewende vor Ort?**

Ein kommunalpolitisches Seminar der Heinrich-Böll-Stiftung Baden-Württemberg. Hier steht das ausführliche Programm <http://www.boell-bawue.de/index.php?id=8>

12.5.2007 **Kindergartenplanung in der Kommune.**

Bleiben die Kindergarteninitiativen von Eltern und freien Trägern auf der Strecke?

In vielen Kommunen wird der Kindergarten als closed-shop - Veranstaltung gesehen. Aufgrund der demografischen Entwicklung nimmt die Kinderzahl ab und die Kommunen sind bemüht ihre Kindergartengruppen zu erhalten, bevor neue Träger in die Bedarfsplanung mit aufgenommen und bezuschusst werden. Das führt dazu, dass sich die Angebote der Kindertageseinrichtungen oft unzureichend an der Elternnachfrage orientieren.

15.6.2007 Treffen der Fraktionen größerer Städte

16.6.2007 Treffen der Kreistagsfraktionen

4. Klimaschutz in der Kommune

4.1 Klimaschutz und Bauleitplanung - Seminarunterlagen

Die wichtigsten Folien des Referenten Olaf Hildebrandt (vom GAR-Seminar am 3.3.2007) und ein von ihm verfasster Aufsatz zu klimaeffizienter Stadtplanung stehen auf der GAR-Internetseite. Dieses Material kann auch als Datei oder in Papierform im GAR-Büro bestellt werden.

4.2 Klimaschutz und Bauleitplanung – welche Festsetzungen sind rechtlich möglich?

Das Klimabündnis hat dazu eine Studie herausgegeben: „Energieeffizienz und Solarenergienutzung in der Bauleitplanung“. Diese 16-seitige Broschüre stellt die Möglichkeiten des Baugesetzbuches dar und die ergänzenden Maßnahmen durch privatrechtliche Verträge. Sie ist ebenfalls im GAR-Büro erhältlich und kann auf der GAR-Internetseite herunter geladen werden <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384>

4.3 Tipps zu Energieverbrauch und Klimaschutz

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat ein Handbuch zum Thema "Besserer Energieverbrauch - Besserer Klimaschutz - Besserer Mitteleinsatz" für Städte und Gemeinden herausgegeben. Neben erfolgreichen Beispielen rationeller Energieverwendung in Kommunen sind die wichtigsten europarechtlichen Vorschriften zum Thema als auch die einschlägigen europäischen Förder- und Finanzierungsinstrumente im Bereich des nachhaltigen Energiemanagements aufgeführt. Auch europäische kommunale Netzwerke und Kampagnen

im Bereich nachhaltiger Energienutzung in Kommunen sind enthalten. Das in Zusammenarbeit mit dem Klima-Bündnis und den Energie-Cities erstellte Handbuch ist in deutscher Sprache kostenfrei im Internet verfügbar. <http://www.gar-bw.de/index.php?id=1384>

4.4 Das CO₂ Gebäudesanierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau ist seit dem 1.1.2007 auch für Kommunen geöffnet.

Die Vorteile auf einen Blick:

- **Günstig:** sehr günstige Zinsen durch zusätzliche Zinsverbilligung aus Bundesmitteln,
- **Noch günstiger:** Wenn Ihr Altbau nach der Sanierung das EnEV-Neubau-Niveau einhält, dann gibt's einen **Tilgungszuschuss**. Bei deutlicher Unterschreitung erhöht sich der Tilgungszuschuss.
- **Sicher:** Ihr Zinssatz wird für 10 Jahre festgeschrieben,
- **Komplett:** Finanzierung von bis zu 100 % der Investitionskosten, einschließlich der Nebenkosten.
- **Flexibel:** Vorzeitige Rückzahlung auch in Teilbeträgen jederzeit kostenlos möglich.
- **Umfassend:** Übersichtliche Maßnahmenpakete für fast jedes "Energieverschwendungsproblems".
- **Langfristige Finanzierung** für die umfangreiche energetische Sanierung von Altbauten.
- **Kombinierbar** mit anderen öffentlichen Mitteln und KfW Programmen, jedoch nicht mit der Zuschussvariante.

Ein Tipp an die Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung kann hier unter Umständen wichtige Energiesparinvestitionen in Gang setzen.

5. Medienpaket für Schulen zur „unbequemen Wahrheit“

Für diejenigen unter uns, die unterrichten, gibt es ein interessantes Angebot: Das Medienpaket mit DVD zum Al Gore-Film "Eine unbequeme Wahrheit" wird kostenfrei für Schulen angeboten. Der Film warnt überzeugend vor den dramatischen Folgen der globalen Erwärmung. Die DVD (ab Sekundarstufe I) mit Unterrichtsmaterialien des Bundesumweltministeriums stehen für Unterrichtszwecke zur Verfügung. Das Bestellformular www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/bestellformular_dvd.pdf bitte per Fax an 030 183052228 senden. Mehr Inhaltliches und Kinotermine unter www.bildungsent.de/lbv_aktuell0.html. Das Bestellformular gibt es auch im GAR-Büro.

6. Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung wurden kleinteilig erhoben regional erhoben.

Das statistische Landesamt stellt die Ergebnisse der Vorausberechnung der Bevölkerungsentwicklung bis 2025 regional aufgeschlüsselt zur Verfügung. Je nach individuellem Verlauf der Kurve muss jede Kommune ihre eigenen Strategien im Umgang mit dem demographischen Wandel entwickeln. Siehe dazu die Pressemitteilung auf den Seiten der Landesregierung <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=163898> und die Fundstelle beim statistischen Landesamt: <http://www.statistik-bw.de/BevoelkGebiet/BevProg/>

7. Steine ohne Kinderarbeit

„Kinderarbeit in indischen Steinbrüchen: Was können Kommunen dagegen tun“

Unter diesem Titel gibt es einen Leitfaden für Verwaltungen und Nichtregierungsorganisatio-

nen. Städte kaufen Steine – und SÜDWIND hat belegt, dass in Indien bei der Herstellung von Natursteinen oftmals Kinder mitarbeiten. Zugleich beschließen immer mehr deutsche Kommunen die Einführung sozialer Kriterien bei ihren Ausschreibungen. Diese Entwicklung greift der Leitfaden auf. In einem ersten Schritt wird aufgezeigt, unter welchen Bedingungen in Indien Steine hergestellt werden. Im zweiten Teil wird dargelegt, welche Erfahrungen Kommunen sowie Nichtregierungsorganisationen bei der Umsetzung von Beschlüssen gemacht haben, die Rechenschaft über die Produktionsbedingungen angelieferter Produkte verlangen: Wie kann ein Gemeinde- oder Stadtratsbeschluss angestoßen werden? Was ist zu beachten? Wo bestehen Probleme? Den Leitfaden gibt es hier: http://www.suedwind-institut.de/downloads/LF_Kommunen-Steine-Kinder-Indien.pdf oder er kann im GAR-Büro bestellt werden.

8. „Kreative Stadt: Die Zukunft der Europäischen Metropolregionen?“

– unter diesem Titel steht die Konferenz, die Heide Rühle gemeinsam mit der Hamburger GAL-Fraktion am 31. März 2007 in Hamburg veranstaltet. Metropolregionen werden oft als Motoren der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung bezeichnet. Nur: Können sie diesem Anspruch auch wirklich gerecht werden? Welche Rolle spielen bei diesem Modell soziale und ökologische Aspekte der Stadtentwicklung? Wie kann Kreativität den Städten helfen, im globalen Wettbewerb der Regionen mithalten? Diese und andere Fragen diskutieren wir mit Ole von Beust, Guy Morin (Regierungsrat Basel) und anderen. <http://www.heide-ruehle.de/heide//fe/doc/570>

Nähere Informationen bei:

Tilo Berner, Referent von Heide Rühle, MdEP

Fon: +49 (711) 9935920, Fax: +49 (711) 9935999

E-Mail: tilo.berner@gruene-bw.de , www.heide-ruehle.de

9. Neue AKP erschienen 2/2007

Themenschwerpunkt: Demographischer Wandel

Ist der Rollator demnächst das Hauptverkehrsmittel innerorts, verschwinden Kinderwägen gänzlich aus den Städten und Gemeinden? Gemach, gemach: Wir werden zwar älter, doch so einfach läßt sich der demographische Wandel nicht beschreiben. Stattdessen zeichnet der AKP-Schwerpunkt ein differenziertes Bild davon, wie die Bevölkerungszahl und -zusammensetzung künftig aussehen könnte und was dies für die Kommunen bedeutet: Wie läßt sich dieses neue Querschnittsthema in die Kommunalpolitik und -verwaltung einfügen? Neben weiteren AutorInnen beschreiben PraktikerInnen aus Bielefeld, Schwerte und Eisenach, mit welchen Instrumenten ihre Kommunen sich auf den demographischen Wandel vorbereiten.

Ferner: Rechtsextremismus, Weltsozialforum, EU-Ratspräsidentschaft, Nichtraucherschutz

Das Inhaltsverzeichnis ist in der Anlage sowie unter www.akp-redaktion.de zu finden.

Ein AKP-Exemplar kostet 9 Euro plus 1,20 Euro Versandkosten. Das AKP-Abo kostet 52,-€ (6 Hefte). Bezug: AKP, Luisenstr. 40, 33602 Bielefeld, Ruf 0521/177517, Fax 0521/177568, akp@akp-redaktion.de

Mit freundlichem Gruß
Sabine Schlager